

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark., für Selbst-abboller 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: **Volkszeitung Leipzig**  
Telephon 72216. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72101

**Inseratenpreise:** Die 10geleit. Kolonelle 35 Pfa., bei Plandortschiff 40 Pfa. Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pfa. Familienanzeigen von Privatpersonen die 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inlerate v. ausm.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pfa. bei Plandortschiff 50 Pfa. Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Zapferes Norwegen

Von Ernst Reinhard.

Am 17. Oktober des letzten Jahres brach in Norwegen die reaktionäre Herrlichkeit zusammen. Bei den Stortingswahlen wurde die Rechte unter dem Ministerium Lyffe vernichtend geschlagen. Nichts hatte ihr mehr helfen können. Sie hatte sich durch die schmutzigsten Mittel gehalten, zuletzt, indem sie die Abschaffung des Alkoholverbotes versprach; damit hatte sie die Sympathie der Speker aller Parteien und Klassen gewonnen; sie sicherte die Abschaffung des Getreidemonopols zu und rief damit alle an sich, welche in dieser Maßnahme den Beginn der Sozialisierung gesehen hatten. So hatte sie sich bei den vorletzten Stortingswahlen die Mehrheit gesichert, aber als diese Maßnahmen durchgeführt wurden, verlor sie allen Reiz. Das erzreaktionäre Ministerium Lyffe war reif wie ein Apfel im Herbst. Es brauchte nur noch den Sturm, der es niederwarf. Es hatte sich gegen die Arbeiterschaft durchsetzen können, weil diese in sich selbst zerissen war. Kommunisten und Sozialdemokraten, die ersteren in der Mehrheit, bekämpften sich gegenseitig auf das bitterste. Es blieb Lyffe vorbehalten, die Arbeiterschaft zwangsläufig zur Einsicht zu bringen, wie unsinnig der brudermörderische Kampf war.

Norwegen war von der Wirtschaftskrise schwer getroffen. Dieses Bergland besitzt wenige natürliche Rohstoffe; sein großer Reichtum ist die weiße Kohle. Das übrige muß das Meer liefern. Seine Bevölkerung aber war auf die Ausfuhr hochwertiger Industrieerzeugnisse angewiesen; aber Zollschranken und nationalstaatliche Politik in allen Ländern unterbanden die Ausfuhr und schufen dem Lande zehrende Arbeitslosigkeit.

Die Industrie, trotz aller Ueberfremdungsgesetze von fremdem Kapital stark durchsetzt, hatte zum bequemsten aller wirtschaftlichen Faulenzmittel gegriffen, indem sie Arbeitszeitverlängerungen und Lohnabsau diktierte. Die Arbeiterschaft wehrte sich, es kam zu scharfen und harten Arbeitskämpfen.

Im Interesse der Industrie griff die reaktionäre Regierung ein und verbot die Streiks. Sie stellte die Arbeiterschaft unter das zwangsmäßige Schiedsgerichtsverfahren. Die Arbeitswilligen wurden das besonders gehässige Sorgenkind der Regierung, sie schützte man durch einen perfiden Zuchtparagrafen. Die gewerkschaftliche Gesetzgebung übertraf an Arbeiterfeindschaft selbst die englische. Die Arbeitslosenunterstützung wurde als die Ursache aller Uebel bezeichnet und rücksichtslos abgebaut. In der Staatsverwaltung selbst predigte man Sparsamkeit und verstand darunter die erbarmungslose Senkung der Löhne; damit gab man der Industrie den Stimulans, auf dem einmal eingeschlagenen reaktionären Wege zu verbleiben. Während aber die Löhne sanken, trieb eine dumme und starrköpfige Deflationspolitik die Preise in die Höhe und unterband von neuem die norwegische Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem tiefvalutarischen Ausland. Die Folge war eine zunehmende und sichtbare Verelendung der norwegischen Arbeiterschaft.

Was alle Vernunft nicht zustande gebracht hatte, das gelang Herrn Lyffe mit seinen wirtschaftlichen, arbeiterfeindlichen Maßnahmen: Die streitenden Fraktionen der Arbeiterschaft schlossen sich zusammen, Kommunisten und Sozialisten vereinigten sich in der neuen norwegischen Arbeiterpartei, und nur eine kleine Gruppe moskaufreier Kommunisten blieb als festschreiende Miskmacher dem Bunde fern. Die geeinigte Arbeiterschaft aber nahm den Kampf gegen die Reaktion mit froher Zuversicht auf.

Sie sollte sich nicht getäuscht haben. Die Stortingswahlen brachten den erwarteten großen Erfolg; mit 60 Mandaten wurde die Arbeiterfraktion die stärkste Parlamentsgruppe, auch wenn sie nicht die absolute Mehrheit besaß. Die Reaktion aber verlor 42 Prozent aller Stimmen. Das Ministerium konnte sich nur noch mit Hilfe der liberalen Mittelgruppen halten.

Aber selbst den Liberalen wurde bei der Herrschaft Lyffe schül. Sie repräsentieren das Großkapital. Nun hatte die junkerliche Regierung Lyffe den großen Fehler gemacht, sich gegen die Anlage von fremdem Kapital in Norwegen zu wehren. Diese Maßnahme traf besonders hart die elektrische Industrie, die auf die Zusammenarbeit mit dem fremden Kapital angewiesen ist. So ist bekannt, daß die Norsk-Hydro mit der deutschen I. G. in starker Kapitalverbindung steht; die I. G. hat erst kürzlich sich an der Kapitalerhöhung mit rund 10 Millionen Mark beteiligt; weitere Gelder hat der englische Chemietrust, die Imperial Chemical des Sir Alfred Mond, zur Verfügung gestellt. Die fremden Kapitalisten beklagten sich seit langem, daß sie 46,3 Prozent des Reinertrags ihrer Unternehmen in Norwegen als Steuer zurücklassen müßten und drohten, für den Fall der Fortsetzung dieser Politik, mit dem Kapitalboykott. Man schmälerte mit dieser Politik aber indirekt auch die Rendite des einheimischen Kapitals und machte seine Besitzer damit fußstufenswid.

## Die Nachklänge von Thoiry

Briands Antwort an Dr. Stresemann

### Am die Verständigungspolitik

Die Räumungsfrage bildet zur Zeit die Basis aller politischen Beziehungen zwischen Frankreich und der deutschen Republik. Herr Dr. Stresemann glaubte berechtigt zu sein, auf Grund des „Geistes“ von Locarno eine zeitliche Räumung der besetzten Gebiete erwarten zu können. Diesen Bestrebungen galt die Unterredung von Thoiry, in der sich der deutsche Außenminister bereit erklärte, Frankreich auf finanziellen Gebiete Sonderverträge zu unterbreiten. In Thoiry wurde so das Räumungsproblem mit finanziellen Gegenleistungen verknüpft. Das waren die Tage, in denen die Wellen der Inflation in Frankreich am höchsten schlugen.

Heute wird die Räumungsfrage mit dem Sicherheitsproblem in untrennbaren Zusammenhang gebracht. Den Ruf nach Sicherheit bezeichnete Herr Dr. Stresemann als „ein Stille Heuchelei“, der nicht länger von der öffentlichen Meinung ertragen werden könne. Jedenfalls sei das deutsche Außenministerium nicht gewillt, die Abstützung der Belegung mit dauernden Verpflichtungen zu verkaufen, die über die Bedingungen des Versailler Vertrages hinausgehen würden. Das hat Briand auch in Thoiry nicht verlangt. Und es ist höchst zweifelhaft, wer der eigentliche Veranlasser der Aussprache von Thoiry gewesen ist. Jedenfalls hatte Dr. Stresemann sehr konkrete Zusagen gemacht. Sie sind nicht gehalten worden, und darauf bezog sich Aristide Briand in seiner Rede über die französische Außenpolitik. Die entsprechenden Parteien lauten nach den vorliegenden Uebermittlungen wie folgt:

In Thoiry habe ich Stresemann gesagt: „Regeln wir unsere Angelegenheiten, ohne aus dem Rahmen des Versailler Ver-

trages hinauszugehen. Sie wünschen eine vorzeitige Räumung. Gut, führen Sie also die Entwaffnung durch und prüfen Sie die Mittel, um Ihre Reparationszahlungen zu beschleunigen.“

Stresemann antwortete, daß er seine Finanzverständigen auffordern werde, eine Untersuchung vorzunehmen, und daß er mir dann seine Vorschläge geben werde. Diese Vorschläge aber habe ich niemals erhalten. Ich stelle fest, daß ich selbst es war, der in Thoiry die Frage der Beschleunigung der Reparationszahlungen als Gegenleistung für die Räumung anregte.“

Briand fügte hinzu: Deutschland hätte wegen der Lage am internationalen Finanzmarkt keine Vorschläge machen können. Er bezieht sich auf die Widerstände in der anglo-amerikanischen Hochfinanz, den eigentlichen Garanten des Dawesplanes. Außerdem erfordern diese Schwierigkeiten, da gerade in diesen Tagen Frankreich mit den Vereinigten Staaten über die Regelung der Schuldenfrage inmitten der Verhandlungen stand. Diese Schwierigkeiten sollten nicht bestritten werden. Briand aber erklärte, daß er die in Thoiry besprochenen Vorschläge überhaupt nicht erhalten habe, und das Echo der Berliner Presse auf diese Feststellungen des französischen Außenministers sind höchst interessant.

Die Tägliche Rundschau, die ihrem „Geiste“ nach Herrn Dr. Stresemann am nächsten steht, erklärt, das Reichskabinett habe sich vollkommen auf den Boden der Abmachungen von Thoiry gestellt. Man habe die Verpflichtungen von Reichsbahnfonds angeboten. Gegen diesen Plan seien in Washington allerlei Bedenken erhoben worden.

„Aus diesem Grunde sind keine weiteren deutschen Vorschläge gemacht worden.“

In ähnlichem Sinne äußert sich die Germania und auch die Presse Hugenburgs. Diesen Blättern steht die DAZ diametral gegenüber. Das frühere Stinnesorgan wird mit vollem Recht als halbhoffnungs hingestellt. Bekanntlich wurde sie durch Mittel der Geheimfonds aus dem Amte Stresemanns janicert. Im Gegensatz zu der übrigen Berliner Presse bemerkt dieses Organ, daß deutsche Vorschläge in konkreter Form überhaupt nicht gemacht worden sind. Es schreibt:

„Dann aber behauptet Briand, die von Minister Stresemann versprochenen positiven Vorschläge seien ihm niemals zugegangen. Daß sie ihm nicht zugehen konnten, lag daran, daß bei der auf Thoiry folgenden Dezembertagung des Völkerbundrates im Jahre 1926 von französischer Seite klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß aus innerfranzösischen Gründen (Stabilisierung des Frank usw.) die Diskussion vorläufig ruhen müsse.“

Also bis zum Dezember 1926 ist nichts unterbreitet worden, und diese Darstellungen dürften dem tatsächlichen Vorgange am nächsten kommen. Im übrigen aber stimmt mit Dr. Stresemann die gesamte Berliner Presse überein. Sie erklärt, daß die Räumungsfrage nicht als ein Geschäft betrachtet werden dürfe, zum mindesten nicht in dem bisher erörterten Sinne. Die Germania schreibt daher:

„Deutschland ist gern bereit, Frankreich in seiner gegenwärtigen neuen Wirtschaftskrise entgegenzukommen und hat diese Bereitschaft bei dem Zustandekommen des Handelsvertrages deutlich genug bewiesen, aber die Räumung mit neuen finanziellen Lasten zu erkaufen, hat weder in Thoiry zur Diskussion gestanden, noch wäre es jetzt diskutabel. Wenn die Rheinlandräumung als ein Geschäft betrachtet werden soll, so kann dieses nur von Wirtschaft zu Wirtschaft, aber nicht auf Kosten der deutschen Schuld abgeschlossen werden, bedeutet doch die Gegengabe ein sich von Jahr zu Jahr verminderes Pfand — schon 1930 ist bekanntlich die Räumung der zweiten Zone fällig.“

Auch wir wären keineswegs bereit, eine Steigerung der Lasten über den Versailler Vertrag hinaus zuzubilligen. Dies um so weniger, da sie zum größten Teil den Schultern der Arbeiterklasse aufgebürdet werden. Aber Briand hatte zweifellos recht,

### Freiherr v. Rheinbaben



Für Gleichheit auf dem Gebiet der Rüstungspolitik.

Die Liberalen hatten zuletzt kein Interesse mehr daran, die Reaktion zu unterstützen.

Schließlich aber waren die Bauern durch den Fall des Getreidemonopols selbst getroffen worden. Die Erlahmungsmaßnahmen, die man dafür geboten hatte, konnte die Vorzüge des Monopols nicht ersetzen; in der Folge setzte sich in den Stortingswahlen eine kleine Bauerngruppe durch, die heute das Jünglein an der Wage bilden kann. Aber auch sie war schließlich gegen die Rechte eingenommen.

In dieser Lage dankte nun das Ministerium ab. Es wird ersetzt durch ein Arbeiterkabinett Hornsrud. Der Ministerpräsident selbst gehört nicht den Radikalen an, das wäre eher beim jungen Maden der Fall gewesen; aber die radikale Richtung der norwegischen Arbeiterschaft hat auf das Programm der Regierung bestimmend eingewirkt. Es ist eben verkündet worden: Fall der Zuchtparagrafen, gerechtere Steuerverteilung, Einschränkung des Militarismus bis zur völligen Abrüstung, Erleichterung der Schuldenlast der Kleinbauern, Einführung des Getreidemonopols, Hilfe für die Fischer. Es ist das mutige Programm einer sozialistischen Minderheitsregierung, die den

Mut hat, zu sagen, daß sie lieber über der Ablehnung ihrer Postulate durch die Bürgerlichen fallen will als durch ihre Verleugnung leben.

Der Gefahren sind mancherlei. Angewiesen auf die Hilfe der Venstre-Partei, die durchaus unsicher ist, so wie in England die Liberalen der Herren Asquith und Lloyd George unsichere Kantonsisten waren, kann jeder Tag den Fall bringen. Gefährlicher aber noch ist das ausländische Kapital, das nicht hoffen darf, unter einer sozialistischen Regierung seine Begehren erfüllt zu sehen. Es wird bald genug die Hebe beginnen und einer liberalen und großkapitalistischen Regierung den Weg zu ebnen versuchen. Die norwegischen Politiker Nowinkel und Lyffe sind weniger gefährliche Gegner, als die Chermierusts. Hier liegt auch die Solidaritätspflicht der deutschen und der englischen Arbeiterschaft. Sie kann durch eine Ueberwachung der Aktion dieser Trusts wahrscheinlich der norwegischen Arbeiterregierung wirksame Hilfe angedeihen lassen.

Das norwegische Wikingerdampfboot zieht mit der roten Flagge am Topp aufs freie Meer hinaus. Es trägt unter seiner Fracht auch die Hoffnungen und Wünsche der Weltarbeiterschaft.